



Waldemar Herdt
Mitglied des Deutschen Bundestages

Postanschrift:
Waldemar Herdt, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Waldemar Herdt, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Büro: : Wilhelmstr. 64, Raum 4.12
10117 Berlin
Telefon: +49 30 227-73214
Fax: +49 30 227-70214
E-Mail: waldemar.herd़t@bundestag.de

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Mitglied des Ausschusses für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Mitglied (stv.) des Haushaltsausschusses

Obmann im Unterausschuss
Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung
und vernetztes Handeln

Berlin, 18.02.2021

Offizielles Statement der Interparlamentarischen Menschenrechtskommission der AfD-Bundestagsfraktion

Zur Sperrung von drei oppositionellen TV-Sendern in der Ukraine

Vorgehen des ukrainischen Staates im Bereich der Meinungsfreiheit und Medienvielfalt

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Mitglieder der Interparlamentarischen Menschenrechtskommission,

mit großer Sorge beobachten wir die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine. Der jüngste beispiellose Erlass des ukrainischen Staatsoberhauptes Wolodimir Selenskyj "Über die Anwendung persönlicher wirtschaftlicher und anderer restriktiver Maßnahmen" (Sanktionen)" vom 2. Februar 2021, infolge dessen drei russischsprachige Nachrichtensender gleichzeitig gesperrt wurden, lässt deutliche Zweifel über demokratische und rechtsstaatliche Standards in der Ukraine aufkommen. Das Verbot sieht unter anderem den Entzug der Sendelizenzen, TV-Frequenzen und die Sperrung von Konten für vorerst fünf Jahre vor. Die Anordnung zur Abschaltung der Sender ZIK, NewsOne und 112 wurde in der Hauptstadt Kiew folgsam und rapide umgesetzt.

Dieser höchst ambivalente und unerwartete Schritt erfolgte scheinbar ohne angemessene sowie plausible Gründe. Die zuvor erwähnten drei örtlichen TV-Sender wurden ohne ein zuvor eingeleitetes Gerichtsverfahren bzw. Ermittlungen durch zuständige Behörden wegen pro-russischer Propaganda und Verfälschung von Tatsachen in Bezug auf die politische Situation in der Ukraine angeklagt.

In politischen Kreisen wird seitdem heftig darüber diskutiert, ob diese Maßnahmen gerechtfertigt sind und warum sie ausgerechnet jetzt eingeleitet wurden und nicht früher? Vertreter der ukraini-



schen Behörden sowie eines Teils der Opposition ("Eurosolidarität", "Golos" usw.) vertreten die Ansicht, dass es genügend Gründe für ein Verbot gäbe und erinnern daran, dass die Ukraine bereits in der Vergangenheit ihre eigenen Bürger und juristischen Personen sanktioniert hätte. Diese Praxis traf vor allem diejenigen, die den "Aggressor" auf der Krim und im Donbass unterstützt haben.

Parteien mit einem pro-russischen politischen Kurs (z.B. Oppositioplattform für das Leben) bezeichnen diesen Vorgang als politische Verfolgung und Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Solch eine rigorose Vorgehensweise sei für ein sich zu demokratischen und rechtstaatlichen Prinzipien nach europäischer Lesart bekennendes Land inakzeptabel.

Man kann dem Argument, dass diese Entscheidung beispiellos sei und erhebliche Auswirkungen sowohl auf die Meinungsfreiheit als auch auf die Resonanz in der internationalen Politik in Bezug auf die Ukraine insgesamt haben würde, nur schwer widersprechen.

Immer mehr scheint die Ukraine unter Wolodimir Selenskyj von dem zu Beginn seiner Amtszeit propagierten liberalen und demokratischen Reformkurs abzudriften. Grundlegende Pfeiler einer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung werden zugunsten einer radikalen staatlichen Nationalisierungspolitik aufgegeben. Fälle von Repressalien gegen die eigenen Bürger sind mittlerweile keine Ausnahme mehr. Verbote der Rede- und Meinungsfreiheit sowie politische Verfolgung von Journalisten mit alternativer Berichterstattung bilden langfristig gesehen einen Nährboden für ein weiteres mögliches Szenario: Angriff auf religiöse und nationale Vielfalt.

Diese Maßnahmen sind bedauerlicherweise nur wenige Beispiele in einer langen Reihe. Die von der ukrainischen Seite während der Krim-Krise eingesetzte unmenschliche Druckpraxis durch Kapern der Wasser- und Stromversorgung kann an dieser Stelle zutreffend den unannehbaren Umgang Kiews mit Andersdenkenden beschreiben. Hinzu kommen sich immer mehr häufende Berichte über Angriffe auf den russischsprachigen Bevölkerungsteil. Es ist auch zu befürchten, dass nationale Minderheiten wie etwa die Russlanddeutschen oder besonders vulnerable Gruppen solcher Bevölkerungsgruppen wie Frauen und Kinder den direkten Folgen einer Verschärfung dieses innerethnischen Konflikts ausgesetzt würden.

Die Tendenz die sich aktuell in der Ukraine in langfristiger Perspektive abzeichnet ist die Bildung eines mononalionalen autoritären Staates, fernab der menschenrechtlichen Standards und europäischen Werte.

Die Sperrung der oppositionellen Nachrichtensender erfolgte ohne Gerichtsbeschluss, ohne politischen Diskurs, ohne Einbezug der Medien und der Gesellschaft, ohne stichhaltige Beweise, die das Wesen der feindlichen Propaganda enthüllen könnten, also außerhalb des rechtlichen Rahmens eines angeblich demokratischen Staates.

Es fällt auf, dass bisher kein einziger westlicher Politiker die Sanktionsentscheidung der Ukraine verurteilt hat, kein einziger Staat diesbezüglich "Besorgnis" geäußert hat. All diese Ereignisse spielen in einer sogenannten toleranten Gesellschaft mit einem Menschenrechtszentrum in Brüssel, das mit seinem Schweigen und Hinwegsehen seine Unterstützung für die ukrainische Gesetzlosigkeit zum Ausdruck bringt!



Über die Frage nach dem Zeitpunkt des Selenskyj-Dekretes sind deutsche Analytiker der Meinung, dass dies auf interne politische Motive zurückzuführen sei, da die Unterstützung für die Partei des ukrainischen Präsidenten in der breiten Bevölkerung zunehmend sinke und die politische Kraft in der Nähe der oppositionellen Nachrichtensender wachse. All dies habe einen unangenehmen Nachgeschmack.

Wir, die Mitglieder der Interparlamentarischen Menschenrechtskommission bekräftigen, dass:

- 1) Ein rechtswidriges Verbot und eine rechtswidrige Zensur der Medien in keinem Land akzeptabel sind**
- 2) Wir uns für die Meinungsfreiheit einsetzen und jegliche Zensur ablehnen**
- 3) Die Rechte der nationalen, sprachlichen usw. Minderheiten gewahrt und geschützt werden müssen**
- 4) Jede Verletzung oder Angriff auf die Meinungsfreiheit bestraft werden muss.**

Wir bitten Sie darum, diesen Appell an die Parlamente und Medien in Ihrem Land zu verteilen.

Waldemar Herdt, MdB


Sprecher der IPMK